

Landes. Er ermöglicht es, die zentrale staatliche Leitung und Planung, die eine notwendige Bedingung für die Wahrung der politischen Macht der Arbeiterklasse ist, mit der gesellschaftlichen Initiative der Werktätigen, mit der Vielfalt von Wegen, Methoden und Mitteln zur Erreichung des gemeinsamen Zieles zu verbinden. Er verhindert, daß die Entfaltung der Masseninitiative durch einen lokalen oder ressortmäßigen Egoismus oder durch eine bürokratische Reglementierung von oben beschränkt wird. In diesem Sinne ist der d. Z. in der Verfassung der DDR verankert. Art. 47 bestimmt, daß die Souveränität des werktätigen Volkes, verwirklicht auf der Grundlage des d. Z., das tragende Prinzip des —► *Staatsaufbaus der DDR* ist. Die Praxis der sozialistischen Länder bestätigt die Erkenntnis des Marxismus-Leninismus, daß es eine Gesetzmäßigkeit des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus ist, den d. Z. mit Fortschreiten der gesellschaftlichen Entwicklung unablässig zu stärken. Deshalb hat die SED in ihrem Programm (1976) als Haupttrichtung ihrer Arbeit zur weiteren Stärkung der sozialistischen Staatsmacht der DDR in der vor uns liegenden Periode festgelegt, daß die —* *sozialistische Demokratie* weiter zu entfalten und zu vervollkommen ist. Dabei wird die zentrale staatliche Leitung und Planung der gesellschaftlichen Prozesse immer mehr auf die sachkundige Entscheidung in den Grundfragen konzentriert, und die Eigenverantwortung und Initiative der örtlichen Staatsorgane, der Kombinate und Betriebe, der Genossenschaften und Institutionen bei der Verwirklichung der staatlichen Aufgaben werden gefördert. Wie auch der X. Parteitag der SED (1981) feststellte, ist das Leninsche Prinzip des d. Z. die bewährte Grundlage für den Aufbau, das Zusammenwirken und die Tätigkeit aller Organe der sozialisti-

sehen Staatsmacht und wird in allen gesellschaftlichen Bereichen konsequent verwirklicht, insbesondere durch die engere Verbindung der zentralen staatlichen Leitung und Planung mit den schöpferischen Aktivitäten der Werktätigen.

demokratische Schulreform: antifaschistisch-demokratische Umgestaltung des gesamten Bildungswesens; Bestandteil des Kampfes für eine —* *antifaschistisch-demokratische Umwälzung* nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus. Die d. S. war als Forderung im —► *Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945* enthalten. Sie entsprach dem —► *Potsdamer Abkommen* und wurde von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland umfassend unterstützt. In ihrem gemeinsamen Aufruf »An alle Eltern, Lehrer und Hochschullehrer!« vom 18. 10. 1945 formulierten die Führungen der KPD und der SPD als Ziel der demokratischen Erneuerung der Schule, die Jugend »frei von nazistischen und militaristischen Gedanken, in einem neuen Geiste, im Geiste einer kämpferischen Demokratie, der Freundschaft unter den friedliebenden Völkern, zum selbständigen, aufrechten, freiheitlichen und fortschrittlichen Denken und Handeln« zu erziehen. (Deutsche Volkszeitung, 21. 10. 1945) Der Aufruf fixierte die Aufgaben der d. S.: Besetzung der leitenden Schulfunktionen durch Antifaschisten, Beseitigung aller —* *Bildungsprivilegien*, Aufbau eines einheitlichen Schulsystems, Trennung von Schule und Kirche, Abschaffung der Privatschulen, Säuberung des Lehr- und Verwaltungspersonals von faschistischen und militaristischen Kräften, Ausbildung von Antifaschisten für den Lehrerberuf, Ausarbeitung neuer Lehrpläne und -bücher, Reform des gesamten Hochschulwesens. Im Gebiet der DDR wurde die d. S. in hartem Klassenkampf unter